

Marktgemeindeamt Schruns

Verhandlungsschrift

über die am Mittwoch, den 10.11.1993 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns im 1. Obergeschoß des "Haus des Gastes" stattgefundene 39. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung.

Anwesend: Bgm. Harald Wekerle als Vorsitzender, Vbgm. Dipl.Vw. Otmar Tschann und die Gemeinderäte Dr. Bernd Tagwercher, Werner Bitschnau und LAbg.Mag. Siegfried Neyer sowie die Gemeindevertreter und Ersatzmitglieder BR Dipl.-Ing. (FH) Wilhelm Gantner, Ludwig Kieber jun., Peter Vonbank, Richard Sander jun., Werner Brugger, Ing. Rudolf Haumer, Ing. Paul Dörler, Dr. Wolfgang Sander, Otmar Vallaster und Peter Rudigier für die Schrunser Volkspartei
DDr. Heiner Bertle, Robert Mayer, Gebhard Marent, Felicitas Maklott, Robert Mugg und Dr. Harald Giesriegl für die FPÖ und parteifreie Bürger
Mag. Dr. Siegfried Marent, Franz Netzer und Helmut Neuhauser für die Sozialdemokraten und Parteifreie
Referent: Musikschuldirektor Georg Morre
Schriftführer: Gde.Sekr. Dr. Oswald Huber

Entschuldigt abwesend: GR Ing. Werner Netzer, Rudi Bitschnau, Hans Neyer, Dir. Gerhard Rebholz, Trudi Dünser, Ing. Wolfgang Juen, Dipl.Ök. Ing. Helmut Daxer

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mandatäre und zahlreich erschienenen Zuhörer sowie die Vertreter von Rundfunk und Presse und stellt die ordnungsgemäße Ladung sämtlicher Gemeindevertreter sowie die Beschlußfähigkeit der Gemeindevertretung fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung legen Peter Rudigier und Dr. Harald Giesriegl vor dem Bürgermeister das Gelöbnis gem. § 37 Abs. 4 GG. ab.

EM Ing. Wilhelm Walch, der in Vertretung von Dipl.Ök. Ing. Helmut Daxer an der Sitzung teilnehmen möchte, wird vom Vorsitzenden unter Hinweis auf die Bestimmung des § 42 Abs. 3 GG. aufgefordert, in den Kreis der Zuhörer zurückzutreten, da er aufgrund nicht erfolgter Mitteilung an den Vorsitzenden vor der Sitzung nicht berechtigt ist, an dieser teilzunehmen.

Der nach kurzer Diskussion von der Fraktion Sozialdemokraten und Parteifreie eingebrachte Antrag auf Unterbrechung der Sitzung und Einräumung einer Frist von fünf Minuten zur internen Beratung über den erfolgten Ausschluß von EM Ing. Wilhelm Walch von der Sitzung wird stimmenmehrheitlich abgelehnt.

Erledigte Tagesordnung:

- 1) Berichte des Vorsitzenden

- 2) Musikschule Montafon:
 - a) Bericht des Musikschulleiters Georg Morre zu allgemeinen Fragen und Problemen des Musikschulbetriebes
 - b) Stellungnahme zum Ausbau des Dachgeschosses
- 3) Abwasserverband Montafon; neue Haftungserklärung für BA 01 Verbandssammler
- 4) Gemeindeverband für Abfallwirtschaft und Umweltschutz; Änderung der Vereinbarung lt. Anlage
- 5) Fußwegverbindung "Lechthaler"; Aufhebung des Beschlusses vom 13.11.1991 bzgl. Verhinderung des Durchganges
- 6) Hochbehälter Montjola, Vorlage des Prüfberichtes
- 7) Gemeinde-Krankenhaus St. Josefsheim; Entscheidung über Auflösung der Internen-Station; Antrag Ausschuß für Soziales und Gesundheit
- 8) Stand Montafon; Stellungnahme zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes an der B 188
- 9) Allfälliges

zu 1)

Der Vorsitzende berichtet über:

Norbert Stüttler hat auf die weitere Ausübung seines Gemeindevertretungsmandates verzichtet. Der Vorsitzende dankt ihm für seine sachliche Mitarbeit in der Gemeindevertretung.

Erich Scheibenstock spricht in seiner Funktion als Obmann der Personalvertretung der Gemeindevertretung seinen Dank für die Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Durchführung der diesjährigen Betriebsausflüge aus.

Die Zahlen der Tourismusstatistik für den Monat Oktober 1993 geben, wie auch für die Sommermonate, ein etwas weniger erfreuliches Bild als im Vergleichszeitraum des Vorjahres ab. Bei 2.718 Ankünften und 13.440 Nächtigungen im Oktober errechnet sich zum Vorjahr ein Unterschied von - 515 Ankünften (-15,9 %) und - 745 Nächtigungen (- 5,3 %). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste betrug hingegen im Berichtsmonat 4,9 Tage, im Vergleichszeitraum des Vorjahres 4,4 Tage, was einen Anstieg um 0,5 Tage bedeutet.

In den Monaten Mai bis einschließlich September 1993 waren insgesamt 189.609 Nächtigungen zu verzeichnen, gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Minus von 8.163 (- 4,1 %) Nächtigungen.

In Anbetracht der geologischen Situation und der Vorschreibungen des Amtssachverständigen und der damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Kosten wird der Radweg taleinwärts der Landbrücke nicht, wie ursprünglich geplant, rechtseitig der Ill auf dem bestehenden Rafaneggweg, sondern linksseitig der Ill auf

der ehemaligen Illwerke-Bahntrasse entlang der Bundesstraße auf Kosten des Bundes geführt werden.

In der letzten Standessitzung wurde das von Dipl.-Ing. Besch überarbeitete Angebotskonzept für ein neues Liniennetz auf der Strecke Schruns in die Innerfratte vorgestellt und beraten. Im wesentlichen sieht dieses Angebotskonzept für den Sommerfahrplan auf der Strecke Schruns-Partenen von Montag bis Freitag 22 Kurspaare im Stundentakt mit Einschüben zur halben Stunde für die Spitzenzeiten (bisher 10 Kurspaare in der Hochsaison) sowie an Samstagen 17 Kurspaare und an Sonntagen 13 Kurspaare vor. Im Winterfahrplan ist von Montag bis Sonntag ein 30-Minuten Takt mit Einschüben zur Viertelstunde während der Stoßzeiten für Schifahrer geplant, was insgesamt 32 Kurspaare (dzt. 20 Kurspaare in der Hochsaison) ergibt. Lt dem ebenfalls vorgelegten Konzept eines Finanzierungsplanes ist nach jetzigem Informationsstand von den ungedeckten Betriebskosten in Höhe von S 8 Mio nach Abzug von Beiträgen der Bergbahnen und öffentlichen Förderungen eine Restfinanzierung von S 2,9 Mio. aufzubringen. Das Planungsbüro Besch wird voraussichtlich auch in der Gemeindevertretung Schruns über das Angebotskonzept informieren und für Fragen zur Verfügung stehen.

Der Landesvolksanwalt für Vorarlberg hat die Stellungnahme der Marktgemeinde Schruns zur geplanten Errichtung eines EKZ in Bludenz erhalten und einige Ausführungen für äußerst prüfenswert erachtet und wird diese Angelegenheit weiter verfolgen.

Durch den Wegfall der Gewerbesteuer hat auch die Marktgemeinde Schruns trotz Erhöhung der Lohnsummensteuer (nunmehr Kommunalsteuer) um 1 % und Leistung von Ausgleichszahlungen mit jährlichen Steuereinbußen von S 4,5 bis S 5 Mio. zu rechnen.

Dzt. ist man sich im Bund noch uneinig, in welcher Form der Zuschlag zur Mineralölsteuer zur Förderung des ÖPNV vorgenommen wird, wie die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden erfolgt, und ob ausschließlich Benzin oder auch Diesel besteuert wird. Diese Fragen sind jedoch entscheidend für den weiteren Ausbau des ÖPNV.

Am kommenden Sonntag findet wiederum die Gefallenenehrung statt, zu der alle Gemeindemandatäre eingeladen werden.

zu 2 a)

In der Septembersitzung hat die Gemeindevertretung anlässlich der Diskussion über den Ausbau des Dachgeschosses des Musikschulgebäudes den Wunsch geäußert, daß Dir. Georg Morre eingeladen wird, an einer Sitzung teilzunehmen, um ihn zu diesem Thema hören und Fragen an ihn richten zu können. Dir. Georg Morre hat diese Einladung gerne angenommen und ergreift die Gelegenheit, über die Arbeit der Schule, die Organisation, das Fächerangebot, die Anzahl der Schüler, der Lehrer und der Stunden etc. zu informieren. Seiner Ansicht nach ist die Schule nicht nur für sich alleine zu betrachten, sondern es sind auch die talschaftsweiten Beziehungen und Verflechtungen zu sehen.

Dem Lehrkörper gehören 3 Kapellmeister und 1 Chorleiter an, einige Musikschullehrer sind in verschiedenen Blasmusikgremien vertreten, 3 - 5 Lehrer nehmen an den jährlichen Bezirksbläserseminaren teil, der Kontakt mit anderen Kapellen ist eine Selbstverständlichkeit. Die finanzielle Seite ansprechend stellt er einen Vergleich der Gebühren der Musikschule Schruns mit anderen Musikschulen des Landes an, aus dem ersichtlich ist, daß unsere Gebühren bereits im obersten Bereich liegen. Hingegen liegt der Abgang von S 5.553,-- pro Schüler deutlich unter jenen anderer Schulen, was er darauf zurückführt, daß äußerst sparsam gewirtschaftet wird. Auf Wunsch wird er der Gemeindevertretung eine Aufstellung über die Kopfquoten hinsichtlich des Abgangs sowie die Gebühren in den anderen Musikschulen des Landes nachreichen. Auch wird bei Vorrückungen und Beförderungen des Lehrpersonals Zurückhaltung geübt, und es werden Überstundenvergütungen unter Anwendung eines höheren Stundenteilers errechnet, was schlußendlich zur Folge hat, daß eine Überstunde geringer vergütet wird als eine Normalstunde. Auch die Verwaltung wird äußerst sparsam geführt. Erst seit Jänner 1993 steht eine eigene Sekretärin über 10 Schulmonate 8 Stunden pro Woche zur Verfügung. Zudem steht sie nicht in einem Dienstverhältnis mit der Gemeinde, sondern arbeitet auf Grundlage eines Werkvertrages. An dieser Stelle gibt er bekannt, daß eine Erhöhung ihrer Stundenanzahl aufgrund des stetig wachsenden Verwaltungsaufwandes unumgänglich sein wird. Er informiert kurz über weitere Fakten, die den haushälterischen Umgang mit den bereitstehenden Mitteln verdeutlichen sollen wie Transporte mit eigenem Pkw, vorzeitige Wiederaufnahme der Arbeit während des Mutterschaftsurlaubes, ... Trotzdem können sich die Leistungen der Musikschule sehen lassen, was durch viele Konzerte, die überaus guten Anklang gefunden haben, bestätigt wird. Über Wunsch der Beschützenden Werkstätte konnte insofern eine gute Lösung hinsichtlich der Arbeit mit Behinderten gefunden werden, als diese zu gewissen Zeiten die Schulräumlichkeiten sowie das Orff-Instrumentarium benutzen können und dabei von den eigenen Lehrern unterrichtet werden, sodaß der Gemeinde keine zusätzlichen Kosten erwachsen.

Die Anregung der Gemeindevertretung, zu prüfen, ob das Fächerangebot reduziert werden könnte, hat er zwar zur Kenntnis genommen, weist jedoch darauf hin, daß hier ohne Niveauverlust keine Abstriche mehr gemacht werden können. Ein Mindestangebot an Fächern sei unumgänglich. Verschiedene Fächer habe er ohnedies nie eingeführt, und es zähle das jetzige Fächerangebot zum Mindeststandard einer Musikschule.

Er hofft, daß diese Informationen die Gemeindevertretung davon überzeugt haben, daß ein umfassenderes als das bisher praktizierte Sparkonzept nicht mehr möglich ist und schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Musikschulausbildung eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung von jungen Leuten darstellt und nicht, wie im Pflichtschulbereich, hauptsächlich auf eine Berufsausbildung orientiert ist, wobei er ergänzend auch die emotionale Seite anspricht.

Seitens der Gemeindevertretung wird der Bericht des Musikschulleiters Georg Morre zu allgemeinen Fragen und Problemen des Musikschulbetriebes zur Kenntnis genommen.

zu 2 b)

Die Begründung für den Ausbau des Dachgeschosses hat Dir. Georg Morre bereits schriftlich vorgelegt. Er faßt diese nochmals kurz zusammen und betont, daß mit der Schaffung von drei zusätzlichen Räumen für den Einzel- und Gruppenunterricht das bestehende Raumproblem größtenteils in den Griff bekommen und nicht mehr so oft ein Ausweichen in die Hauptschule Grüt notwendig werden würde. Mit diesem Ausbau wäre kein Anwachsen der Schülerzahlen und Erhöhung des Fächerangebotes verbunden, wobei er allerdings klarstellt, daß er nicht als Beamter, sondern als Lehrer denkt und keinen interessierten Schüler ablehnen möchte.

Der Vorsitzende informiert über Gespräche mit der Raiba Montafon als Hauseigentümerin mit dem Inhalt, die für den Fall des Ausbaues angekündigte Mieterhöhung auf 15 Jahre zu begrenzen, was praktisch einer Finanzierung der Ausbaukosten gleich kommen würde. Allerdings hat die Vermieterin hierüber noch keine fixe Zusage abgegeben. Seitens der Sozialdemokraten und Parteifreie wird die Auffassung vertreten, daß eine Beschlußfassung erst dann möglich erscheint, wenn ein unterschriftsreifer Mietvertrag vorliegt. Zudem wird die Vorgangsweise in Anbetracht des Umstandes, daß der Bürgermeister der "Obmann" und der Vizebürgermeister das zweithöchste Organ der Vermieterin ist, kritisiert.

Nach Beantwortung weiterer Fragen durch Dir. Georg Morre gelangt die Gemeindevertretung stimmenmehrheitlich (4 Gegenstimmen: Sozialdemokraten und Parteifreie aus den vor angeführten Gründen) zum Beschluß, daß unter der Voraussetzung, daß die vom Vorsitzenden erwähnten Verhandlungen mit der Raiba Montafon als Vermieterin des Musikschulgebäudes über die zeitliche Befristung der Leistung einer aufgrund der Ausbaumaßnahmen erhöhten Miete auf 15 Jahre zu einem positiven Abschluß gebracht werden, dem beantragten Ausbau des Dachgeschosses zugestimmt wird.

Der Vorsitzende dankt Dir. Georg Morre für seinen ausführlichen Bericht und die umfassende Beantwortung der gestellten Fragen.

zu 3)

Die Übernahme der Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB hinsichtlich der Rückforderungsansprüche, die sich aus dem dem Abwasserverband Montafon, Schruns, Gerichtsweg 8, für den Bau des Verbandssammlers Außermontafon BA 01 nunmehr lt. vorliegender Endabrechnung zugesicherten Förderungsdarlehen von insgesamt S 35.407.000,-- ergeben, wird entsprechend der vorliegenden Haftungserklärung bis zu einem Darlehensanteil von S 7.729.000,--, das sind 21,830 % des Gesamtdarlehens, einstimmig beschlossen.

zu 4)

Der von der Verbandsversammlung am 29. September 1993 genehmigten Neufassung des § 1 Abs. 2 der Vereinbarung über die Bildung eines Gemeindeverbandes für Abfallwirtschaft und Umweltschutz wird stimmenmehrheitlich (1 Gegenstimme: DDr. Heiner Bertle, da er sich bereits gegen die Bildung eines eignen Verbandes ausgesprochen hat) zugestimmt.

zu 5)

Ing. Wilhelm Walch hat eine Aufsichtsbeschwerde bei der Bezirkshauptmannschaft Bludenz eingereicht, der der Vorwurf zugrunde liegt, daß der Bürgermeister den Gemeindevertretungsbeschuß vom 13.11.1991 mißachtet habe und der Anordnung zuwidergehandelt habe, den Durchgang, d.h. die Benützung der Fußwegverbindung Lechthaler, solange zu verhindern und keine Bauarbeiten vorzunehmen, bis rechtlich abgeklärt ist, wie es mit der Anbringung dieses Weges steht.

Der Vorsitzende rechtfertigt seine Vorgangsweise damit, daß mit den Bauarbeiten erst nach Einigung mit dem Miteigentümern des Feldweges und Zustimmung durch die Gemeindevertretung begonnen worden ist. Da eine Benützungsregelung zustande gekommen ist, sei er zurecht davon ausgegangen, daß damit der frühere Beschluß hinfällig geworden ist. Um diesen Beschluß auch formell richtig aufzuheben, gilt es heute, eine diesbezügliche Klarstellung zu treffen.

GV Franz Netzer fragt sich, ob sich nicht der Bürgermeister, der Vizebürgermeister und BR Wilhelm Gantner gemäß § 28 GG. in dieser Angelegenheit für befangen erklären müßten. In weiterer Folge bringt er einen Schriftsatz zur Verlesung und stellt den bisherigen Verlauf der Dinge aus seiner Sicht dar. Der Vorsitzende zeigt einige Widersprüche auf und bezeichnet die gemachten Aussagen als Versuch, Verschiedenes bewußt falsch darzustellen. Er informiert nochmals über die weitere Vorgangsweise nach dem erwähnten Gemeindevertretungsbeschuß und erinnert daran, daß in der Julisitzung auch die von den Grundeigentümern gewünschten Nachträge beschlossen worden sind.

Nach weiterer eingehender Diskussion, in der auch Robert Mayer hinsichtlich angeblicher Verhandlungen mit dem Bürgermeister Klarstellungen trifft und Franz Netzer verschiedene Vorwürfe zurücknimmt, wird der von der Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom 13.11.1991 bzgl. der Verhinderung des Durchganges über die Fußwegverbindung Lechthaler gefaßte Beschluß stimmenmehrheitlich (6 Gegenstimmen: Sozialdemokraten und Parteifreie, Gebi Marent und Felizitas Maklott) aufgehoben. Sollte mit den Miteigentümern des Feldweges keine einvernehmliche Regelung erzielt werden können und sich weiterhin Widerstand gegen eine entsprechende Benützung der Wegverbindung formieren, würde die Gemeinde die bisher auf ihre Kosten durchgeführte Erhaltung, Räumung, etc., des Feldweges einstellen und u.U. die früher auf Kosten der Gemeinde durchgeführte Verbreiterung zurücknehmen.

zu 6)

Da der Obmann des Prüfungsausschusses heute verhindert ist und nicht an der Sitzung teilnehmen kann, seine Stellungnahme jedoch vor einer Beschlußfassung wesentlich erscheint, wird dieser Tagesordnungspunkt einstimmig vertagt.

zu 7)

Der Vizebürgermeister zeigt zur Erläuterung des Antrages auf Schließung der Internen-Station nochmals die Entwicklung des Krankenhauses St. Josefsheim seit Schließung der Wochenstation auf und berichtet über die parallel dazu verlaufenen Verhandlungen über die Übernahme des Maria Rast und Weiterführung durch das Land. Nachdem das Land von der ursprünglichen Forderung einer Beteiligung der Gemeinden am Krankenhaus Maria Rast, die nach internen Beratungen eine mögliche Übernahme von 15 Betten als Pflegebetten bedeutet hätte, abgegangen ist, und in Anbetracht der Empfehlung des Prüfungsausschusses im letzten Bericht erscheint ihm die Zeit gekommen, die Interne Station zu schließen und an deren Stelle zusätzliche Pflegebetten einzurichten. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Aussage von LR Bischof, daß Maria Rast, das als Nachsorgespital konzipiert ist, in Zukunft der Montafoner Bevölkerung wie bisher das Krankenhaus St. Josefsheim als Leichtkrankenhaus zur Verfügung stehen wird und auf den im Sommer beschlossenen Spitalplan 2000 - 2210, der bereits eine Auflassung der Internen-Station und Einrichtung von 30 Pflegebetten vorsieht. Aufgrund Personalmangels mußte die Interne Station den Sommer hindurch geschlossen werden, und es steht trotz umfangreicher Stellenausschreibungen noch immer zuwenig Personal zur Verfügung. Diese Umstände führten im Sozialausschuß zum Beschluß, einen Antrag an die Gemeindevertretung zu stellen, die Interne-Station zu schließen, wobei allerdings gegenüber dem Land als Option die Möglichkeit zu fixieren ist, eine Reaktivierung des Krankenhausbetriebes im St. Josefsheim dann wieder aufzunehmen, wenn die medizinische Versorgung der Montafoner Bevölkerung im Landeskrankenhaus Maria Rast nicht mehr oder nicht in ausreichendem Maß gewährleistet wird. Nach dieser Sitzung mußte allerdings festgestellt werden, daß eine Wiedereröffnung unter den neuen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr so einfach möglich sein wird, was so dann auch seitens der Ärzteschaft in einer Resolution festgehalten wurde. Er versteht die Bedenken der Ärzte, glaubt jedoch, mit dem von ihm eingeschlagenen Weg nicht so weit von deren Vorstellungen entfernt zu sein, zumal eine Doppelnutzung Interne - Pflegestation kein Idealfall darstellt und man laufend mit Problemen aufgrund der Personalknappheit konfrontiert ist. Er erläutert nochmals den gegebenen Bedarf an Pflegebetten und stellt Vergleiche zwischen der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von Patienten im Krankenhaus St. Josefsheim und anderen Leichtkrankenhäusern an. Diese ist im St. Josefsheim weitaus höher, woraus klar ersichtlich ist, daß sich hier viele "Langlieger" befinden, die als Pflegefälle einzustufen sind. Es ist daher höchste Zeit, eine Entscheidung über den einzuschlagenden Weg zu treffen.

In der stattfindenden Diskussion werden Bedenken an dieser Vorgangsweise angemeldet, zumal, wie bereits der Vizebürgermeister ausgeführt hat, eine Wiedereröffnung nicht so einfach möglich sein wird. Daran, daß die Altenbetreuung das brennendste Problem der nächsten Jahre sein wird, werden keine Zweifel gehegt, allerdings sollte vor einer endgültigen Entscheidung auf jeden Fall das Ergebnis der Sozialstudie abgewartet und nochmals ernsthaft über die Sinnhaftigkeit der Weiterführung der Internen-Station nachgedacht werden. Der Spitalsplan ist im Juli 1993 beschlossen worden und sieht für das Jahr 2000 für das Krankenhaus St. Josefsheim keine Betten mehr vor. Aber auch für das Krankenhaus Maria Rast wurden für die innere Medizin keine Betten mehr vorgesehen und lediglich die interdisziplinäre Nachsorge erwähnt. Daher ist für einige trotz des von LR Bischof übermittelten Schreibens noch nicht sichergestellt, daß das Krankenhaus Maria Rast die bisherige Funktion des St. Josefsheimes voll übernehmen wird. Die vorgesehene Bettenreduktion von 54 Betten auf 30 verstärkt sie in ihren Befürchtungen, und es wird auch auf die anstehenden größeren Umbauarbeiten, während der der Betrieb nur eingeschränkt möglich sein wird, verwiesen. Die Erhaltung von sozialen Einrichtungen wird als oberste Aufgabe der Gemeinde gesehen, und es wird der Vorwurf der Konzeptlosigkeit, sowie die Ärzteschaft übergeben zu haben, erhoben. Gegen die Auflassung der Internen-Station spricht ihrer Ansicht nach auch folgende Zukunftsperspektive: baldmöglichste Überstellung von einem Akut-Krankenhaus in ein Nachsorgespital auf Grund hoher Kosten und von dort Einweisung der Pflegefälle in ein Pflegeheim (als Vorzimmer des Leichenbestatters betitelt). Auch würde sich dies auf die Arbeitsmoral der Bediensteten negativ auswirken, wenn ihre Tätigkeit ausschließlich auf den Umgang mit "hoffnungslosen Fällen" beschränkt wird. Dies soll nicht die Zukunft der Altenbetreuung und medizinischen Versorgung sein. In diesem Zusammenhang wird auch die Anregung unterbreitet - wenn dies auch mit einem etwas höheren Verwaltungsaufwand verbunden sein mag - praktisch im Sinne einer Vorreiterrolle den Versuch zu wagen, die Pflegebetten und Krankenbetten nicht räumlich zu trennen.

Der Vizebürgermeister erinnert nochmals an die in den letzten Jahren geänderte Ausgangssituation und den Aufgabenbereich auf Grund des bestehenden Bedarfs an Pflegebetten sowie an die Schwierigkeiten, entsprechendes qualifiziertes Personal zu bekommen, was jedoch für einen ordentlichen Betrieb unumgänglich wäre. Die mit der Schließung der Interne möglich werdende Ausweitung der Pflegestation bezeichnet er als wichtigen Schritt zu einer besseren Betreuung von pflegebedürftigen Menschen im Montafon.

Dr. Bernd Tagwercher bestätigt, daß die im Sozialausschuß vertretenen Ärzte hinter dem seinerzeitigen Beschluß gestanden sind und der Meinungsumschwung erst dann eingetreten ist, als man sich bewußt wurde, daß das Land eine Wiedereröffnung der Internen-Station mit erhöhten Bauauflagen udgl. verhindern könnte. Ob Maria Rast ein vollwertiger Ersatz für das St. Josefsheim ist, wird sich erst herausstellen und er spricht in diesem Zusammenhang die "Grenzfallbetten" an, die, wie er aus seiner tagtäglichen Arbeit weiß, unbedingt benötigt, aber weder

in Bludenz noch im Maria Rast vorhanden sein werden. In der Folge wird auf die Diskussion und Beschlußfassung im Sozialausschuß Bezug genommen und die damaligen Überlegungen näher erläutert. Auch wird auf das Problem verwiesen, daß Pflegeheiminsassen bei Erkrankung trotz medizinischer Notwendigkeit kaum Chancen auf Aufnahme in ein Krankenhaus haben werden. Die durch die Schließung der Internen-Station gefährdete Einrichtung der Notfallversorgung wird ebenfalls angesprochen.

Die Befürchtungen, daß im Maria Rast eine Aids-Station eingerichtet werden könnte, werden durch die Aussage von LR Bischof gegenüber LAbg. Mag. Siegfried Neyer zerstreut, daß das Land aufgrund mangelnder Eignung im Maria Rast keine Aids-Betreuung einrichten wird. Die Ängste vor Ansteckungen werden durch Klarstellungen relativiert.

Dr. Norbert Böhler, dzt. ärztlicher Leiter, der sich unter den Zuhörern befindet, ergreift die ihm gebotene Gelegenheit und nimmt Stellung zur beantragten Schließung der Internen Station: Die Aussendung der Ärzteschaft war einerseits von der Überlegung getragen, die nächste Zeit bis zur Vorlage der Ergebnisse der Sozialstudie abzuwarten. Gelangt ein Sozialzentrum zur Verwirklichung, ist davon auszugehen, daß auch dieses einer Internen-Station bedarf. Jedenfalls aber sollte im Sinne einer ausreichenden medizinischen Versorgung der Montafoner Bevölkerung die Interne-Station bis zur Fertigstellung der Umbauarbeiten am Krankenhaus Maria Rast weitergeführt werden. Bei ernsthafter Bemühung und klarem Bekenntnis, die Interne weiterführen zu wollen, wird seiner Ansicht nach auch entsprechendes Personal zu finden sein.

Sr. Doris Slovik verweist auf den Umstand, daß infolge der Größe und des Personalstandes des Krankenhauses bei Ausscheiden auch nur einer Krankenschwester wieder der Fall eintritt, daß die Interne wegen Personalmangels kurzfristig geschlossen werden muß. Ein Krankenhaus dieser Größenordnung ist in diesem Punkte äußerst unbeweglich.

Abschließend wird nach einem eindringlichen Appell an die Ärzteschaft, am Sozialkonzept intensiv mitzuarbeiten dem Antrag auf Weiterführung der Internen-Station im St. Josefsheim im bisherigen Umfang - auf Antrag von Dr. Marent erfolgt eine namentliche Abstimmung - stimmenmehrheitlich (6 Gegenstimmen: Bgm. Harald Wekerle, Vbgm. Dipl.-Vw. Otmar Tschann, Ing. Rudolf Haumer, BM Peter Vonbank, Ludwig Kieber jun., Peter Rudigier) zugestimmt.

zu 8)

Dieser Tagesordnungspunkt wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit einstimmig vertagt.

Ende der Sitzung: 00.45 Uhr

Schruns, am 11.11.1993

Der Schriftführer:



Der Vorsitzende:

